In Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es verschiedene Projekte zur Partizipativen Lehre. Im Oktober 2023 gab es eine Tagung in Heidelberg, auf der über die Idee Partizipativer Lehre diskutiert wurde.
Daraus ist ein Standpunkt-Papier entstanden. Hier finden Sie den Text aus Heidelberg:
https://www.ph-heidelberg.de/aw-zib-tagung/ueber-die-tagung/standpunktpapier/
Der folgende Text ist eine Stellungnahme von QuaBIS/FriLeFT zu diesem Standpunkte-Papier.

Version in einfacher Fachsprache

Sehr geehrtes Organisationsteam, sehr geehrte Teilnehmende,

als Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilehmer wurden wir dazu aufgerufen, uns an dem Standpunkt-Papier der Tagung „Expert:innen in eigener Sache in Forschung, Lehre und beruflicher Bildung" zu beteiligen. Das möchten wir hiermit tun. Wir werden etwas zu einigen Inhalten sagen, die bisher im Standpunkt-Papier stehen. Und wir werden etwas dazu sagen, warum wir finden, dass ein Standpunkt-Papier zum jetzigen Zeitpunkt keine gute Idee ist.

Partizipative Lehre und Partizipative Forschung sind sehr vielfältige und weitreichende Vorhaben. Denn dabei geht es nicht nur darum, dass Hochschulen inklusiver werden und sich für Personen-Gruppen öffnen, die bisher ausgeschlossen waren. Sondern es geht auch darum, auf unsere Gesellschaft zu schauen. Und es geht darum, dass wir uns Fragen dazu stellen. Zum Beispiel, wie die Macht-Verhältnisse in der Gesellschaft sind. Und wo und wie Exklusion stattfindet. Und auch, inwiefern Partizipative Lehre und Partizipative Forschung etwas mit diesen Macht-Verhältnissen und Exklusion zu tun haben.

Folgende Aussage steht auf der ersten Seite des Standpunkt-Papiers (Stand 29.09.2023):

„Außerdem lernen wir aus der Perspektive der betroffenen Menschen (Erfahrungsexpert:innen), wie unsere Gesellschaft und unser Bildungs- und Sozialsystem auf schwierige Lebensbedingungen reagieren und wie sie sich gegenüber benachteiligten Menschen verhalten."

Diese Aussage möchten wir uns genauer ansehen. In dem bisherigen Standpunkt-Papier wird nicht genau erklärt, wer mit „Erfahrungs-Expert:innen" gemeint ist. Auch die Begriffe „Nutzer:innen", „Expert:innen in eigener Sache" und „betroffene Menschen" werden verwendet, aber nicht genau erklärt. Dabei ist es wichtig, zu klären, wer mit diesen Begriffen gemeint ist. Und wer mit diesen Begriffen nicht gemeint ist. Und es ist auch wichtig, zu klären, wer darüber bestimmt.

Auch sind „Erfahrungen" etwas, das alle Menschen betrifft, die an Hochschulen arbeiten. Und Erfahrungs-Wissen und Theorie-Wissen stehen in enger Verbindung zueinander und lassen sich häufig nicht klar voneinander trennen. Wenn aber einzelne Personen oder Personen-

Gruppen als „Erfahrungs-Expert:innen“ angesprochen werden, dann scheint es so, als ob nur sie ihre Erfahrungen einbringen. Und es besteht die Gefahr, dass sie auf ihre Erfahrungen festgelegt und begrenzt werden.

In der Aussage, die wir oben zitiert haben, wird auch davon gesprochen, dass es Menschen gibt, die von schwierigen Lebensbedingungen betroffen sind. Und dass die Gesellschaft und das Bildungs- und Sozialsystem darauf reagieren. Wir möchten uns für eine andere Perspektive stark machen. Wir denken, dass die Gesellschaft und das Bildungs- und Sozialsystem viel zu den schwierigen Lebensbedingungen beitragen und dafür eine Verantwortung tragen. Das hat auch mit Macht-Verhältnissen zu tun. Das heißt, dass die Gesellschaft und damit wir *alle* daran beteiligt sind, dass Menschen in schwierigen Lebenssituationen leben. Und auch das müssen wir uns anschauen.

An einer anderen Stelle im Standpunkt-Papier wird gesagt, dass die Wirksamkeit von „Erfahrungs-Wissen“ erforscht werden sollte. Um „Erfahrung“ zu erforschen, muss die Frage gestellt werden, was denn das „Erfahrungs-Wissen“ eigentlich ist? Denn „Erfahrung“ ist etwas sehr Vielfältiges und verändert sich ständig. Auch muss geklärt werden, was „Wirkung“ oder „Wirksamkeit“ genau bedeutet. Für wen soll „Erfahrungs-Wissen“ wie wirken? Und wer bestimmt darüber, was die „richtige“ Wirkung ist?

Zusammengefasst wollen wir sagen, dass es unheimlich viele Fragen gibt, die für die Partizipative Lehre, Partizipative Forschung und berufliche Bildung noch intensiv diskutiert werden müssen. Die Erkenntnisse aus den Diskussionen und Auseinandersetzungen können dann eine Basis sein, um Standpunkte zu entwickeln. Und sie können die Basis für Forderungen sein. Diese Diskussionen und Auseinandersetzungen sind aber ein langer Prozess. Daher sind wir der Meinung, dass ein Standpunkt-Papier zum jetzigen Zeitpunkt keine gute Idee ist. Und wir möchten dazu aufrufen, uns alle gemeinsam auf den Weg zu machen, über die vielen offenen Fragen zu sprechen und Probleme und Herausforderungen zu diskutieren.

Version in schwerer Fachsprache

Sehr geehrtes Organisationsteam, sehr geehrte Teilnehmende,

wir folgen dem Aufruf der Mitarbeit an einem Standpunktpapier der Tagung „Expert:innen in eigener Sache in Forschung, Lehre und beruflicher Bildung" und möchten in diesem Sinne zum einen Position zu den bisherigen Inhalten des Dokuments beziehen. Zum anderen möchten wir uns dazu äußern, warum wir die Form eines gemeinsamen Standpunktpapiers mit dem Ziel der Beschreibung von Qualitäten und der Festlegung von Forderungen zu den genannten drei Bereichen „Partizipativer Lehre, Partizipative Forschung und beruflicher Bildung im Kontext Hochschule" zum jetzigen Zeitpunkt und mit Blick auf die bisherigen Entwicklungen und noch zu führenden Diskussionen für nicht angemessen halten.

Partizipative Lehr- und Forschungsformate zu etablieren ist ein herausforderungsreiches Unterfangen, das aufgrund seiner Komplexität und äußersten Prozesshaftigkeit nicht einseitig mit der Öffnung von Hochschulen für bisher ausgeschlossene Personen(gruppen) abgehandelt werden kann, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden muss und Fragen der Verteilung von Macht und Privilegien (an Hochschulen und gesamtgesellschaftlich) ebenso berührt, wie Fragen der Stereotypisierung, Essentialisierung und Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichverhältnisse. Wir greifen im Folgenden exemplarisch eine Aussage aus dem Standpunktpapier heraus. Die Fragen und Anmerkungen, die daran anknüpfend formuliert werden, gelten jedoch für die gesamte Auseinandersetzung um das Standpunktpapier.

Folgende Aussage wird auf der ersten Seite des Papiers getroffen (Stand 29.09.2023):

„Außerdem lernen wir aus der Perspektive der betroffenen Menschen (Erfahrungsexpert:innen), wie unsere Gesellschaft und unser Bildungs- und Sozialsystem auf schwierige Lebensbedingungen reagieren und wie sie sich gegenüber benachteiligten Menschen verhalten."

Hier stellt sich zum einen im Zuge ungeklärter Begriffsbestimmungen ganz grundlegend die Frage, wer von wem als „Nutzer:innen", „betroffene Menschen", „Erfahrungsexpert:innen", „Expert:innen in eigener Sache" etc. adressiert wird und ab wann bzw. bis wann eine Person als „betroffen" oder „benachteiligt" gilt. Zum anderen findet mit der im bisherigen Standpunktpapier deutlich werdenden dichotomen Verwendung von Erfahrungs- und Theoriewissen eine einseitige Zuweisung von „Erfahrung" auf die Seite der wie auch immer definierten Gruppe der „betroffenen Menschen" statt und gleichzeitig eine Negierung der engen Verwobenheit von Erfahrungs- und Theoriewissen, die seit jeher die wissenschaftliche Praxis prägt. Mit der einseitigen Zuweisung von „Erfahrungswissen" ist zudem die Gefahr einer Reduzierung und auch Festlegung verbunden, die aus unserer Erfahrung der Arbeit von Bildungs- und Inklusionsreferent:innen als wissenschaftlich tätige Personen nicht gerecht wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wessen Wissen wie anerkannt wird und wer sich in welcher Weise an der Wissensproduktion und -vermittlung beteiligt.

Auch plädieren wir mit Blick auf die obenstehende Formulierung für eine gesellschaftskritische Perspektive, die eben nicht die „schwierigen Lebensbedingungen“ individualisiert sowie „Gesellschaft und unser Bildungs- und Sozialsystem“ als nahezu unbeteiligte Dritte in einer reagierenden Rolle betrachtet. Sondern wir sprechen uns für eine Auseinandersetzung aus, die gesellschaftliche Verhältnisse und darin eingebettet die Bildungs- und Sozialpolitik als (mit)verursachende Faktoren für herausfordernde Lebenssituationen einbezieht und kritisiert. Darin eingeschlossen ist die selbstkritische Reflektion eigener Anteile *aller* an der Umsetzung partizipativer Lehr- und Forschungsformate beteiligten Personen.

In diesem Zusammenhang wirft auch die Forderung nach langfristiger Evaluation Fragen auf, die in der bisherigen Version des Standpunktpapiers formuliert wird. Wenn von der Erfassung der Wirksamkeit Partizipativer Lehrangebote bzw. der Wirksamkeit von „Erfahrungswissen“ die Rede ist, so muss die Frage diskutiert werden, was unter dem komplexen, differenten und sich beständig in Veränderung befindlichen Konstrukt „Erfahrungswissen“ gefasst wird und wie es sich in seiner Komplexität empirisch fassen lassen soll. Und auch, woran und wie sich daraus folgend Wirksamkeit messen lassen soll und worin die genannte „Passgenauigkeit“ sich widerspiegelt bzw. aus wessen Perspektive „Wirkung“ und „Passgenauigkeit“ definiert wird.

Diese und weitere Fragen müssen besprochen werden, bevor Forderungen an (politische) Entscheidungsträger:innen formuliert werden. Denn zusammenfassend lässt sich für uns die Frage, was „die spezifische Qualität der drei Bereiche Partizipativer Lehre und Forschung und beruflicher Bildung im Kontext Hochschule“ ausmacht, nur auf der Grundlage einer prozessorientierten und intensiven Reflexion und Diskussion der Verortungen und Handlungen *aller* Beteiligten beantworten und im Rahmen einer Auseinandersetzung, die die kulturellen und strukturellen Praxen an Hochschulen als eng mit gesellschaftlicher und politischer Praxis verbunden betrachtet. Eine so weitreichende Auseinandersetzung rüttelt an den Grundfesten des etablierten Wissenschaftsverständnisses sowie hegemonialer gesellschaftlicher Verhältnisse und ist unserer Meinung nach notwendig, sollen Partizipative Lehr- und Forschungsformate ihr kritisches Potential entfalten können und wahrhafte Veränderungen anregen. Eine verkürzte, vorschnelle und unkritische Positionierung würde den differenten Standpunkten der bisherigen Akteur:innen nicht gerecht und liefe Gefahr, gesellschaftliche Ungleichverhältnisse im Sinne von Diskriminierung und Exklusion zu stabilisieren und zu reproduzieren. Daher rufen wir dazu auf, einen gemeinsamen Diskussionsraum zu schaffen, der nicht die Verfassung eines konkreten gemeinsamen Papiers, sondern zunächst einen intensiven Prozess der Auseinandersetzung fokussiert.

Autor*innen:
Mandy Hauser, Anne Goldbach, Nico Leonhardt, Saskia Schuppener & Steffen Martick